



CH-3003 Bern, KMU-Forum

**Per E-Mail**

[valerie.berger@seco.admin.ch](mailto:valerie.berger@seco.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Arbeit  
Ressort Arbeitsmarktaufsicht  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Sachbearbeiter/in: mup  
Bern, 19.12.2014

## **Vernehmlassung zur Optimierung der flankierenden Massnahmen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere ausserparlamentarische Kommission hat sich an ihrer Sitzung vom 17. Dezember 2014 mit der Vorlage für das Bundesgesetz zur Optimierung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit befasst. Wir danken Frau Valerie Berger und Frau Joséphine Gendre von Ihrer Direktion für die Teilnahme an dieser Sitzung, bei der sie uns die einzelnen Elemente dieser Vorlage präsentiert haben. Unsere Kommission hat die Vorlage entsprechend ihrem Auftrag aus der Sicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprüft.

Wir unterstützen die Erhöhung der Obergrenze der Verwaltungsanktionen bei Verstössen gegen die minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hingegen sind wir der Ansicht, dass die anderen in dieser Vorlage vorgeschlagenen Massnahmen zu weit gehen, weshalb wir sie nicht unterstützen.

Unserer Meinung nach sollten stattdessen – wie dies auch die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates in ihren Stellungnahmen von 2011 und 2012<sup>1</sup> empfohlen hat – zusätzliche Massnahmen ergriffen werden, um die Unterschiede in der Umsetzung der flankierenden Massnahmen zu verringern. Es muss sichergestellt werden, dass die Vollzugsstellen gewisse qualitative Mindeststandards einhalten und den Anforderungen des Gesetzgebers gerecht werden. Momentan bestehen unseres Erachtens zu grosse Unterschiede bei der Häufigkeit und der Durchführung der Kontrollen, aber auch bei den Folgemassnahmen. Dies ist besonders im Hinblick auf die Gleichbehandlung problematisch. Deshalb bitten wir Sie, die Aufsicht über den Vollzug weiter zu verstärken, sodass die Anwendung der flankierenden Massnahmen in der gesamten Schweiz künftig einheitlich erfolgt.

---

<sup>1</sup> Evaluation der Aufsicht über die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und deren Wirkungen, Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) vom 21. Oktober 2011 zuhanden des Bundesrates ([BBl 2012 1207](#)). Stellungnahme der GPK-N vom 8. Mai 2012 ([BBl 2012 7343](#)).

Wir hoffen sehr, dass unsere Empfehlungen berücksichtigt werden und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

*[ohne Unterschrift / Original auf Französisch]*

Jean-François Rime  
Co-Präsident des KMU-Forums  
Nationalrat

Kopien an: Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben des Parlaments